Bericht zum LkSG (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz)

Berichtszeitraum von 01.04.2023 bis 31.03.2024

Name der Organisation: Heidelberger Druckmaschinen AG

Anschrift: Gutenbergring, 69168 Wiesloch

Inhaltsverzeichnis

A. Strategie & Verankerung	1
A1. Überwachung des Risikomanagements & Verantwortung der Geschäftsleitung	1
A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie	3
A3. Verankerung der Menschenrechtsstrategie innerhalb der eigenen Organisation	7
B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen	9
B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse	9
B2. Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich	16
B3. Präventionsmaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern	19
B4. Präventionsmaßnahmen bei mittelbaren Zulieferern	23
B5. Kommunikation der Ergebnisse	25
B6. Änderungen der Risikodisposition	26
C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen	27
C1. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich	27
C2. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern	28
C3. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei mittelbaren Zulieferern	30
D. Beschwerdeverfahren	31
D1. Einrichtung oder Beteiligung an einem Beschwerdeverfahren	31
D2. Anforderungen an das Beschwerdeverfahren	35
D3. Umsetzung des Beschwerdeverfahrens	37
E. Überprüfung des Risikomanagements	38

A. Strategie & Verankerung

A1. Überwachung des Risikomanagements & Verantwortung der Geschäftsleitung

Welche Zuständigkeiten für die Überwachung des Risikomanagements waren im Berichtszeitraum festgelegt?

Es wurde ein LKSG Steering Comitee eingerichtet, bestehend aus Führungskräften der Bereiche Corporate Sustainability, Legal Department, Procurement, Internal Audit und Quality. Vorgesetzte implementieren darüber hinaus das Risikomanagement in den eigenen Abteilungen, erfassen Pflichtverletzungen und setzten Präventionsmaßnahmen um.

A. Strategie & Verankerung

A1. Überwachung des Risikomanagements & Verantwortung der Geschäftsleitung

Hat die Geschäftsleitung einen Berichtsprozess etabliert, der gewährleistet, dass sie regelmäßig - mindestens einmal jährlich - über die Arbeit der für die Überwachung des Risikomanagements zuständigen Person informiert wird?

Es wird bestätigt, dass die Geschäftsleitung einen Berichtsprozess etabliert hat, der i. S. d. § 4 Abs. 3 LkSG gewährleistet, dass sie regelmäßig - mindestens einmal jährlich - über die Arbeit der für die Überwachung des Risikomanagements zuständigen Person informiert wird.

- Bestätigt

Beschreiben Sie den Prozess, der mindestens einmal im Jahr bzw. regelmäßig die Berichterstattung an die Geschäftsleitung mit Blick auf das Risikomanagement sicherstellt.

Die Berichterstattung an die Geschäftsleitung wurde als fester Tagesordnungspunkt in die mindestens halbjährlich stattfindende Sitzung des ESG Councils aufgenommen. Das ESG Council berichtet unter Leitung des Bereich Corporate Sustainability regelmäßig über Nachhaltigkeitsthemen an das HEIDELBERG Management. Darüber hinaus berichtet die Leitung des Bereichs Corporate Sustainability in ihrer Funktion als Leitung des LKSG Steuerkreises anlassbezogen direkt an den CEO des Unternehmens.

A. Strategie & Verankerung

A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie

Liegt eine Grundsatzklärung vor, die auf Grundlage der im Berichtszeitraum durchgeführten Risikoanalyse erstellt bzw. aktualisiert wurde?

Die Grundsatzklärung wurde hochgeladen

https://www.heidelberg.com/global/media/de/global_media/company__about_us/sustainability/Declaration_of_Principles_for_the_Respect_of_Human_Rights.pdf

A. Strategie & Verankerung

A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie

Wurde die Grundsatzklärung für den Berichtszeitraum kommuniziert?

Es wird bestätigt, dass die Grundsatzklärung gegenüber Beschäftigten, gegebenenfalls dem Betriebsrat, der Öffentlichkeit und den unmittelbaren Zulieferern, bei denen im Rahmen der Risikoanalyse ein Risiko festgestellt wurde, kommuniziert worden ist.

- Bestätigt

Bitte beschreiben Sie, wie die Grundsatzklärung an die jeweiligen relevanten Zielgruppen kommuniziert wurde.

Die Grundsatzklärung wurde auf der Website des Unternehmens veröffentlicht; Unternehmensintern wurde das Update der Grundsatzklärung im Intranet veröffentlicht und via News darauf hingewiesen. Mit Lieferanten bei denen aufgrund eines abstrakten Risikos wurde im Rahmen der Kommunikation auf die Grundsatzklärung verwiesen.

A. Strategie & Verankerung

A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie

Welche Elemente enthält die Grundsatzklärung?

- Einrichtung eines Risikomanagement
- Jährliche Risikoanalyse
- Verankerung von Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich, bei unmittelbaren Zulieferern und ggf. mittelbaren Zulieferern und deren Wirksamkeitsüberprüfung
- Abhilfemaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich, bei unmittelbaren Zulieferern und ggf. mittelbaren Zulieferern und deren Wirksamkeitsüberprüfung
- Bereitstellung eines Beschwerdeverfahrens im eigenen Geschäftsbereich, bei Zulieferern und deren Wirksamkeitsüberprüfung
- Dokumentations- und Berichtspflicht
- Beschreibung der festgestellten prioritären Risiken
- Beschreibung von menschenrechtsbezogenen und umweltbezogenen Erwartungen an eigene Beschäftigte und Zulieferer

A. Strategie & Verankerung

A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie

Beschreibung möglicher Aktualisierungen im Berichtszeitraum und der Gründe hierfür.

Die Grundsatzklärung wurde im Abschnitt "Prioritäre Risiken" aktualisiert, da HEIDELBERG den Prozess geändert hat und eine Priorisierung bei Kinderarbeit und Sklaverei vornimmt.

A. Strategie & Verankerung

A3. Verankerung der Menschenrechtsstrategie innerhalb der eigenen Organisation

In welchen maßgeblichen Fachabteilungen/Geschäftsabläufen wurde die Verankerung der Menschenrechtsstrategie innerhalb des Berichtszeitraums sichergestellt?

- Personal/HR
- Standortentwicklung/-management
- Umweltmanagement
- Arbeitssicherheit & Betriebliches Gesundheitsmanagement
- Kommunikation / Corporate Affairs
- Forschung & Entwicklung
- Einkauf/Beschaffung
- Zulieferermanagement
- CSR/Nachhaltigkeit
- Recht/Compliance
- Qualitätsmanagement
- Mergers & Acquisitions
- Business Development
- IT / Digitale Infrastruktur
- Community / Stakeholder Engagement
- Revision
- Wirtschaftsausschuss

Beschreiben Sie, wie die Verantwortung für die Umsetzung der Strategie innerhalb der verschiedenen Fachabteilungen/Geschäftsabläufe verteilt ist.

In der Grundsatzerklärung zur Wahrung der Menschenrechte der Heidelberger Druckmaschinen AG wird festgeschrieben, dass die Implementierung und die Verantwortung der Umsetzung der Menschenrechtsstrategie innerhalb verschiedener Fachabteilungen/Geschäftsabläufe in den Aufgabenbereich der Vorgesetzten und Abteilungsleitenden fällt. Das Umsetzen der Wertevorstellung der Heidelberger Druckmaschinen AG wird durch die Führungskräfte in den Abteilungen verankert. So ist sichergestellt, dass in jeder Abteilung die Umsetzung der Strategie durchgeführt wird und eine klare Verantwortung der Umsetzung festgelegt ist.

Beschreiben Sie, wie die Strategie in operative Prozesse und Abläufe integriert ist.

Die Strategie wurde in Schulungen an die Mitarbeitenden kommuniziert, Richtlinien und Vorgaben erarbeitet und implementiert. Für die Risikoanalyse und Bewertung der unmittelbaren

Zulieferer wurde ein Software Tool beschafft und dieses als Werkzeug in die Prozesse der Einkaufsabteilung und des Risikomanagements integriert. Für die Umsetzung in den einzelnen Bereichen wurden die Verantwortlichkeiten und Prozesse klar definiert.

Beschreiben Sie, welche Ressourcen & Expertise für die Umsetzung bereitgestellt werden.

Es wurden personelle Ressourcen zum Aufbau der Prozesse und zur Implementierung sowie externe Expertise durch Beratung bereitgestellt. Schulungen für Mitarbeitende wurden konzipiert und durchgeführt, um so die Kenntnisse im Unternehmen zu steigern. Darüber hinaus wurde in ein Softwaretool zur Risikoanalyse unmittelbarer Lieferanten investiert.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Wurde im Berichtszeitraum eine regelmäßige (jährliche) Risikoanalyse durchgeführt, um menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken zu ermitteln, zu gewichten und zu priorisieren?

- Ja, für den eigenen Geschäftsbereich
- Ja, für unmittelbare Zulieferer

Beschreiben Sie, in welchem Zeitraum die jährliche Risikoanalyse durchgeführt worden ist.

Für den eigenen Geschäftsbereich: April 2023 – März 2024

Für unmittelbare Zulieferer: April 2023 – März 2024

Beschreiben Sie das Verfahren der Risikoanalyse.

Für den eigenen Geschäftsbereich wurde in den bestehenden Risikoanalyseprozess die Anforderungen aus dem LkSG ergänzt und integriert. Es wird zusätzlich jährlich eine Risikoanalyse mittels Befragung aller Geschäftsbereiche durchgeführt. Basis sind alle aktiven und kontrollierten Töchter der Heidelberg Gruppe. Die Risikoanalyse wird fragebogengestützt durch den Bereich Risikomanagement durchgeführt und gemeinsam mit den Konzernfunktionen Compliance und Nachhaltigkeit ausgewertet. Die Ergebnisse der Onlinebefragung werden bei Unklarheiten oder Hinweisen zu konkreten Risiken durch persönliche Gespräche überprüft und bei Bedarf individuelle Präventionsmaßnahmen umgesetzt.

Für die Durchführung der Risikoanalyse für unmittelbare Zulieferer nutzt Heidelberg ein Risikomanagement-Tool. Das System bietet eine ganzheitliche Softwarelösung zur IT-gestützten Umsetzung der Anforderungen des LkSG und ermöglicht so ein an den Kriterien des LkSG orientiertes Risiko- und Lieferantenmanagement. Die Software bietet einen detaillierten Überblick über die unmittelbaren Zulieferer und bildet deren spezifische menschenrechtlichen und umweltbezogenen Risiken angemessen ab. In das System werden unmittelbare Zulieferer eingepflegt. Anhand anerkannter Indizes (U.S. Department of Labor ILAB, Human Freedom Index (HFI), ITUC Global Rights, UN Minamata Convention, UN Stockholm Convention, UNICEF Child Labor Statistics, Global Slavery Index (GSI), MVO Risk Checker) und Pressemitteilungen wird für jedes eingepflegte Unternehmen und jede geschützte Rechtsposition ein abstraktes Risiko ermittelt. Je nach abstrakter Risikodisposition der Unternehmen werden in einem zweiten Schritt die konkreten Risiken bei einzelnen Zulieferern ermittelt. Das Risiko von unmittelbaren Zulieferern mit hoher Risikoexposition wurde anhand von Fragebögen plausibilisiert. Hierbei handelt es sich um Zulieferer mit laufenden Geschäftsbeziehungen.

Das konkrete Risiko wird auf Grundlage einer Selbstbewertung, dem Nachweis der Erfüllung von auditbasierten Standards, Zertifikate, Erkenntnissen aus der Lieferbeziehung oder Hinweisen aus dem Beschwerdeverfahren berechnet. Auf Grundlage des konkreten Risikos können sodann

individuelle Präventionsmaßnahmen umgesetzt werden.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Wurden im Berichtszeitraum auch anlassbezogene Risikoanalysen durchgeführt?

- Ja, aufgrund weiterer Anlässe: Ja aufgrund von Hinweisen im Beschwerdemechanismus zu möglichen Verletzungen im eigenen Geschäftsbereich und bei unmittelbaren Zulieferern

Beschreiben Sie die konkreten Anlässe.

Es gab im Berichtszeitraum fünf Meldungen über das Beschwerdeverfahren nach §8 Abs 1. Auf Basis dieser Meldungen wurde eine anlassbezogene Risikoanalyse für die betroffenen unmittelbaren Lieferanten bzw. eigenen Geschäftsbereiche im Rahmen der Sachverhaltsaufklärung durchgeführt.

Beschreiben Sie, zu welchen Erkenntnissen die Analyse in Bezug auf eine wesentlich veränderte und/oder erweiterte Risikolage geführt hat.

Die Erkenntnisse aus der Sachverhaltsaufklärung haben nicht zu einer veränderten oder erweiterten Risikolage geführt.

Beschreiben Sie, inwiefern Erkenntnisse aus der Bearbeitung von Hinweisen/Beschwerden eingeflossen sind.

Es gab im Berichtszeitraum fünf Meldungen über das Beschwerdeverfahren nach §8 Abs 1. Diese sind in die Bewertung der Risikolage eingeflossen.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Ergebnisse der Risikoermittlung

Welche Risiken wurden im Rahmen der Risikoanalyse(n) im eigenen Geschäftsbereich ermittelt?

- Verbot der Beauftragung oder Nutzung privater/öffentlicher Sicherheitskräfte, die aufgrund mangelnder Unterweisung oder Kontrolle zu Beeinträchtigungen führen können
- Missachtung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren
- Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage durch Umweltverunreinigungen
- Missachtung der Koalitionsfreiheit - Vereinigungsfreiheit & Recht auf Kollektivverhandlungen
- Widerrechtliche Verletzung von Landrechten
- Verbot von Zwangsarbeit und aller Formen der Sklaverei
- Verbot der Ungleichbehandlung in Beschäftigung
- Verbot von Kinderarbeit
- Verbot des Vorenthaltens eines angemessenen Lohns
- Verbotene Produktion und/oder Verwendung von Stoffen im Anwendungsbereich des Stockholmer Übereinkommens (POP) sowie nicht umweltgerechter Umgang mit POP-haltigen Abfällen
- Verbotene Ein-/Ausfuhr gefährlicher Abfälle im Sinne des Basler Übereinkommens
- Verbotene Herstellung, Einsatz und/oder Entsorgung von Quecksilber (Minamata-Übereinkommen)

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Ergebnisse der Risikoermittlung

Welche Risiken wurden im Rahmen der Risikoanalyse(n) bei unmittelbaren Zulieferern ermittelt?

- Verbot der Beauftragung oder Nutzung privater/öffentlicher Sicherheitskräfte, die aufgrund mangelnder Unterweisung oder Kontrolle zu Beeinträchtigungen führen können
- Missachtung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren
- Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage durch Umweltverunreinigungen
- Missachtung der Koalitionsfreiheit - Vereinigungsfreiheit & Recht auf Kollektivverhandlungen
- Widerrechtliche Verletzung von Landrechten
- Verbot von Zwangsarbeit und aller Formen der Sklaverei
- Verbot der Ungleichbehandlung in Beschäftigung
- Verbot von Kinderarbeit
- Verbot des Vorenthaltens eines angemessenen Lohns
- Verbotene Produktion und/oder Verwendung von Stoffen im Anwendungsbereich des Stockholmer Übereinkommens (POP) sowie nicht umweltgerechter Umgang mit POP-haltigen Abfällen
- Verbotene Ein-/Ausfuhr gefährlicher Abfälle im Sinne des Basler Übereinkommens
- Verbotene Herstellung, Einsatz und/oder Entsorgung von Quecksilber (Minamata-Übereinkommen)

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Ergebnisse der Risikoermittlung

Welche Risiken wurden im Rahmen der Risikoanalyse(n) bei mittelbaren Zulieferern ermittelt?

- Keine

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Wurden die im Berichtszeitraum ermittelten Risiken gewichtet und ggf. priorisiert und wenn ja, auf Basis welcher Angemessenheitskriterien?

- Ja, auf Basis der zu erwartenden Schwere der Verletzung nach Grad, Anzahl der Betroffenen und Unumkehrbarkeit
- Ja, auf Basis des eigenen Einflussvermögens
- Ja, auf Basis der Wahrscheinlichkeit des Eintritts
- Ja, auf Basis der Art und Umfang der eigenen Geschäftstätigkeit
- Ja, auf Basis der Art des Verursachungsbeitrags

Beschreiben Sie näher, wie bei der Gewichtung und ggf. Priorisierung vorgegangen wurde und welche Abwägungen dabei getroffen worden sind.

Eigener Geschäftsbereich:

Im eigenen Geschäftsbereich ergab die Risikoanalyse eine geringe Anzahl an Risiken. Alle ermittelten Risiken wurden mit derselben Priorisierung bearbeitet.

Unmittelbare Zulieferer:

Mithilfe eines IT-gestützten Risikomanagement-Tool werden Risiken anhand der folgenden Kriterien priorisiert: Typischerweise zu erwartende Schwere der Verletzung, Unumkehrbarkeit der Verletzung, Eintrittswahrscheinlichkeit der Verletzung, Art des Verursachungsbeitrages unseres Unternehmens, Art der Geschäftstätigkeit des Zulieferers, Umfang der Geschäftstätigkeit des Zulieferers, Einflussvermögen unseres Unternehmens auf den unmittelbaren Verursacher der Verletzung bzw. des Risikos.

Als besonders schwerwiegende und unumkehrbare Verletzungen werden insbesondere Verstöße gegen das Verbot der schlimmsten Formen von Kinderarbeit, das Folterverbot und das Verbot von Zwangsarbeit und Sklaverei betrachtet. Entsprechende Risiken werden hochprioritär behandelt. Anschließend werden vor allem Risiken betrachtet, die stets eine große Anzahl von Menschen betreffen, wie z. B. Verstöße gegen Arbeitsschutznormen, Lohndiskriminierung und die Herbeiführung schädlicher Boden-, Luft- und Gewässerverunreinigungen. Im Rahmen der Priorisierung werden Zulieferer aus Hochrisikobranchen stets vorrangig betrachtet. Das Einflussvermögen auf den unmittelbaren Verursacher der potentiellen Verletzung wird insbesondere anhand des Umsatzvolumens mit dem betreffenden Zulieferer bewertet.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B2. Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich

Welche Risiken wurden im Berichtszeitraum im eigenen Geschäftsbereich priorisiert?

- Keine

Falls keine Risiken ausgewählt wurden, begründen Sie Ihre Antwort.

Die Risikoanalyse aus dem vorhergehenden Berichtszeitraum hat ergeben, dass keine prioritären Risiken identifiziert werden können. Insofern wurde auf eine Priorisierung für die Risikoanalyse verzichtet .

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B2. Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich

Welche Präventionsmaßnahmen wurden für den Berichtszeitraum zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken im eigenen Geschäftsbereich umgesetzt?

- Durchführung von Schulungen in relevanten Geschäftsbereichen
- Durchführung risikobasierter Kontrollmaßnahmen

Durchführung von Schulungen in relevanten Geschäftsbereichen

Beschreiben Sie die umgesetzten Maßnahmen und spezifizieren Sie insbesondere den Umfang (z.B. Anzahl, Abdeckung/Geltungsbereich).

Gemäß §6 Abs.3 Nr. 3 LkSG Es wurden alle Mitarbeiter mit PC-Zugang über ein E-Learning erstmalig in 2023 geschult, um Awareness und Verständnis für die Belange des LkSG im Arbeitsalltag zu erreichen. Zusätzlich wurden alle Mitarbeiter des Einkaufs und andere Mitarbeiter, die mit Lieferanten zu tun haben, tiefergehend zu den implementierten Prozessen geschult. Für eine Wiederholungsschulung wurde ein Zyklus von 24 Monaten festgesetzt. Alle neuen Mitarbeiter werden im Rahmen des Onboardingprozesses zu den relevanten Inhalten geschult.

Beschreiben Sie, inwiefern die Schulungen zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken angemessen und wirksam sind.

Ziel der Schulungen ist es die Mitarbeiter für die im LkSG geregelten Rechtspositionen zu sensibilisieren. Durch die so gewährleistete Aufmerksamkeit und Verständnis für die Themen und Prozesse werden Mitarbeiter befähigt menschenrechtliche oder umweltrechtliche Verstöße zu erkennen und über die vorgesehenen Meldewege die entsprechende Stelle zu informieren.

Durchführung risikobasierter Kontrollmaßnahmen

Beschreiben Sie die umgesetzten Maßnahmen und spezifizieren Sie insbesondere den Umfang (z.B. Anzahl, Abdeckung/Geltungsbereich).

Im Rahmen interner Audits durch das Konzern Internal Audit Team wurde risikobasiert ausgewählte Gesellschaften auch in Hinblick auf menschen- und umweltrechtliche Risiken wie z. B. Verbot von Kinderarbeit, Ungleichbehandlung oder Umgang mit Abfällen auditiert.

Beschreiben Sie, inwiefern die Maßnahmen zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken angemessen und wirksam sind.

Die Integration der menschenrechtlichen oder umweltrechtlichen Verstöße in die Kontrollmechanismen des internen Auditteams ist von wesentlicher Bedeutung. Durch die enge Verzahnung mit dem konzernweiten Risikomanagements können Risiken vorbeugend

identifiziert und minimiert werden .

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B3. Präventionsmaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern

Welche Risiken wurden für den Berichtszeitraum bei unmittelbaren Zulieferern priorisiert?

- Verbot von Zwangsarbeit und aller Formen der Sklaverei
- Verbot von Kinderarbeit

Verbot von Zwangsarbeit und aller Formen der Sklaverei

Um welches konkrete Risiko geht es?

Das Risiko, dass Lieferanten Vorgaben zur Verhinderung von Zwangsarbeit nicht einhalten. Das Risiko liegt häufig in den Herkunftsländern der Liefergegenständen oder der Branche begründet. Basis ist hier der MVO-Risikochecker.

Wo tritt das Risiko auf?

- Ägypten
- Brasilien
- China
- Indien
- Marokko
- Mauritius
- Mexiko
- Sambia
- Südafrika
- Türkei
- Vereinigte Arabische Emirate

Verbot von Kinderarbeit

Um welches konkrete Risiko geht es?

Das Risiko, dass Lieferanten Vorgaben zur Verhinderung von Kinderarbeit nicht einhalten. Das Risiko liegt häufig in den Herkunftsländern der Liefergegenständen oder der Branche begründet. Basis ist hier der MVO-Risikochecker.

Wo tritt das Risiko auf?

- China
- Indien
- Israel
- Marokko
- Mauritius
- Mexiko
- Philippinen
- Sambia
- Südafrika
- Thailand
- Vereinigte Arabische Emirate
- Vietnam

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B3. Präventionsmaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern

Welche Präventionsmaßnahmen wurden für den Berichtszeitraum zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken bei unmittelbaren Zulieferern umgesetzt?

- Entwicklung und Implementierung geeigneter Beschaffungsstrategien und Einkaufspraktiken
- Integration von Erwartungen in die Zuliefererauswahl
- Vereinbarung und Durchführung risikobasierter Kontrollmaßnahmen

Kategorie: Beschaffungsstrategie & Einkaufspraktiken

ausgewählt:

- Entwicklung und Implementierung geeigneter Beschaffungsstrategien und Einkaufspraktiken

Beschreiben Sie die umgesetzten Maßnahmen und inwieweit die Festlegung von Lieferzeiten, von Einkaufspreisen oder die Dauer von Vertragsbeziehungen angepasst wurden.

Sustainability wurde als ein Baustein in der Einkaufsstrategie verankert. Ein wesentliches Handlungsfeld ist dabei die Einhaltung der Vorgaben des LkSG. Durch Integration der Aspekte in die Lieferantenbeziehung, sowie die Aufnahme einer quantifizierten LKSG-Scores in die Lieferantenbewertung (Preferred Supplier Card) sollen langfristige Partnerschaften transparent gestärkt werden. Es kam nicht zu Anpassungen von Lieferzeiten, Preisen oder Dauer von Vertragsbeziehungen.

Beschreiben Sie, inwiefern Anpassungen in der eigenen Beschaffungsstrategie und den Einkaufspraktiken zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken beitragen sollen.

Die langfristigen Vorauslieferpläne und die noch transparentere Zusammenarbeit mit strategischen Lieferanten mit Lieferantenentwicklung sollen die Lieferanten in die Lage versetzen, LkSG-konform zu produzieren.

Andere Kategorien:

ausgewählt:

- Integration von Erwartungen in die Zuliefererauswahl
- Vereinbarung und Durchführung risikobasierter Kontrollmaßnahmen

Beschreiben Sie, inwiefern die Maßnahmen zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken angemessen und wirksam sind.

Die Präventionsmaßnahmen dienen dazu das Verständnis zu erhöhen und die Anforderungen an das Verhalten der Lieferanten klar zu kommunizieren. Unmittelbare Lieferanten mit identifiziertem Risikopotential wurden daher zu den menschen- und umweltrechtlichen Grundsätzen, Pflichten und Werten der HEIDELBERG Gruppe geschult, ein Managementstatement eingeholt und präventiv erste Lieferanten ausgeschleust. Die gewählten

Maßnahmen berücksichtigt die Risiken angemessen.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B4. Präventionsmaßnahmen bei mittelbaren Zulieferern

Welche Risiken wurden aufgrund der anlassbezogenen Risikoanalyse bei mittelbaren Zulieferern priorisiert?

- Keine

Falls keine Risiken ausgewählt wurden, begründen Sie Ihre Antwort.

Während des Berichtszeitraums wurden im Rahmen der regelmäßige Risikoanalyse keine prioritären Risiken bei mittelbaren Zulieferern identifiziert. Unabhängig davon würden identifizierte Risiken auch bei mittelbaren Lieferanten laut Prozessbeschreibung zu entsprechenden Maßnahmen führen.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B4. Präventionsmaßnahmen bei mittelbaren Zulieferern

Welche Präventionsmaßnahmen wurden für den Berichtszeitraum zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken bei mittelbaren Zulieferern umgesetzt?

- Keine

Falls keine Präventionsmaßnahmen ausgewählt wurden, begründen Sie Ihre Antwort.

Die regelmäßige Risikoanalyse hat nicht zu prioritären Risiken bei mittelbaren Lieferanten geführt.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B5. Kommunikation der Ergebnisse

Wurden die Ergebnisse der Risikoanalyse(n) für den Berichtszeitraum intern an maßgebliche Entscheidungsträger:innen kommuniziert?

Es wird bestätigt, dass die Ergebnisse der Risikoanalyse(n) für den Berichtszeitraum intern gem. § 5 Abs. 3 LkSG an die maßgeblichen Entscheidungsträger:innen, etwa an den Vorstand, die Geschäftsführung oder an die Einkaufsabteilung, kommuniziert wurden.

- Bestätigt

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B6. Änderungen der Risikodisposition

Welche Änderungen bzgl. prioritärer Risiken haben sich im Vergleich zum vorangegangenen Berichtszeitraum ergeben?

Im Vergleich zum vorangegangenen Berichtszeitraum wurden die Risiken Kinderarbeit und Zwangsarbeit / Sklaverei bei unmittelbaren Lieferanten priorisiert. Hintergrund ist die Änderung des Prozesses der abstrakten Risikoanalyse und der Verwendung einer Software gestützten IT Lösung mit entsprechend zugrundeliegenden Risikoindices.

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C1. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich

Wurden im Berichtszeitraum Verletzungen im eigenen Geschäftsbereich festgestellt?

- Nein

Beschreiben Sie, anhand welcher Verfahren Verletzungen im eigenen Geschäftsbereich festgestellt werden können.

Überprüfung der Geschäftspraktiken im Rahmen der Aufgaben des Bereichs "Internal Audit", durchgängiges Internes Kontrollsystem, Beschwerdeverfahren (Ombudsstelle, Online-Beschwerdetool SpeakUp, innerbetriebliche Meldewege hin zum Compliance Office)

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C2. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern

Wurden für den Berichtszeitraum Verletzungen bei unmittelbaren Zulieferern festgestellt?

- Ja

Beschreiben Sie, auf welcher Basis die festgestellten Verletzungen gewichtet und priorisiert wurden und welche Abwägungen dabei getroffen wurden.

Media-Screening mit Marktbeobachtung, Beschwerdeverfahren, Lieferantenbesuche/Audits

In welchen Themen wurden Verletzungen bei unmittelbaren Zulieferern festgestellt?

- Missachtung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren
- Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage durch Umweltverunreinigungen

Beschreiben Sie die angemessenen Abhilfemaßnahmen, die Sie eingeleitet haben.

Die Verletzungen wurden mit dem unmittelbaren Lieferanten besprochen und Abhilfemaßnahmen definiert. Konkret handelt es sich hierbei um das zur Verfügung stellen von Gehörschutz für Mitarbeiter und die Sicherstellung von Zugänglichkeiten von Überlaufeinrichtungen um unkontrolliertes Abfließen und Eindringen von verschmutztem Wasser in Boden zu verhindern.

Beschreiben Sie, welche Abwägungen in Bezug auf die Auswahl und Gestaltung der Maßnahmen im Rahmen der entsprechenden Folgekonzepte zur Beendigung und Minimierung getroffen wurden

Die Auswahl und Gestaltung der Maßnahmen im Rahmen des Folgekonzeptes erfolgt unter Abwägung der eigenen Einflussmöglichkeit, der wirtschaftlichen Abhängigkeit, der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Verhandlungsmacht gegenüber dem unmittelbaren Lieferanten.

Beschreiben Sie, wie die Wirksamkeit der Abhilfemaßnahmen überprüft wird.

Die Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen wurden in einem Audit überprüft.

Haben die Abhilfemaßnahmen zur Beendigung der Verletzung geführt?

- Ja

Erläutern Sie.

Es wurde nach Identifizierung der Verletzung und Abstimmung der Abhilfemaßnahme eine Vor-Ort-Inspektion durchgeführt. Der fehlende Gehörschutz wurde den Mitarbeitern zur Verfügung gestellt, die Überlaufeinrichtungen waren funktionsfähig.

Haben Sie analysiert, inwieweit die identifizierte Verletzung ein Hinweis auf eine mögliche Anpassung/Ergänzung bestehender Präventionsmaßnahmen ist? Beschreiben Sie den Prozess, die Ergebnisse und Auswirkungen.

Werden Verletzungen festgestellt werden diese umfassend aufgearbeitet und entsprechend im softwaregestützten IT Tool dokumentiert. Dies dient als Vorlage falls ähnliche Fälle zukünftig auftreten sollen. Eine Anpassung der Präventionsmaßnahmen war im vorliegenden Fall nicht angemessen.

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C3. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei mittelbaren Zulieferern

Wurden im Berichtszeitraum Verletzungen bei mittelbaren Zulieferern festgestellt?

- Nein

D. Beschwerdeverfahren

D1. Einrichtung oder Beteiligung an einem Beschwerdeverfahren

In welcher Form wurde für den Berichtszeitraum ein Beschwerdeverfahren angeboten?

- Kombination aus eigenem und externen Verfahren

Beschreiben Sie das unternehmenseigene Verfahren und/oder das Verfahren an dem sich Ihr Unternehmen beteiligt.

Ombudsstelle, Online- und Telefonisches Beschwerdetool SpeakUp, innerbetriebliche Meldewege hin zum Compliance Office

D. Beschwerdeverfahren

D1. Einrichtung oder Beteiligung an einem Beschwerdeverfahren

Welche potenziell Beteiligten haben Zugang zu dem Beschwerdeverfahren?

- Eigene Arbeitnehmer
- Gemeinschaften in der Nähe von eigenen Standorten
- Arbeitnehmer bei Zulieferern
- Externe Stakeholder wie NGOs, Gewerkschaften, etc

Wie wird der Zugang zum Beschwerdeverfahren für die verschiedenen Gruppen von potenziell Beteiligten sichergestellt?

- Öffentlich zugängliche Verfahrensordnung in Textform
- Informationen zur Erreichbarkeit
- Informationen zur Zuständigkeit
- Informationen zum Prozess
- Sämtliche Informationen sind klar und verständlich
- Sämtliche Informationen sind öffentlich zugänglich

Öffentlich zugängliche Verfahrensordnung in Textform

Optional: Beschreiben Sie.

-

Informationen zur Erreichbarkeit

Optional: Beschreiben Sie.

-

Informationen zur Zuständigkeit

Optional: Beschreiben Sie.

-

Informationen zum Prozess

Optional: Beschreiben Sie.

-

Sämtliche Informationen sind klar und verständlich

Optional: Beschreiben Sie.

-

Sämtliche Informationen sind öffentlich zugänglich

Optional: Beschreiben Sie.

-

D. Beschwerdeverfahren

D1. Einrichtung oder Beteiligung an einem Beschwerdeverfahren

War die Verfahrensordnung für den Berichtszeitraum öffentlich verfügbar?

Datei wurde hochgeladen

Zur Verfahrensordnung:

https://www.heidelberg.com/global/de/about_heidelberg/company/compliance/compliance_management_system/compliance_1.jsp

D. Beschwerdeverfahren

D2. Anforderungen an das Beschwerdeverfahren

Geben Sie die für das Verfahren zuständigen Person(en) und deren Funktion(en) an.

Hellweg, Dominik; Leiter Compliance
Melters, Leslie; Head of Legal Department

Es wird bestätigt, dass die in § 8 Abs. 3 LkSG enthaltenen Kriterien für die Zuständigen erfüllt sind, d. h. dass diese die Gewähr für unparteiisches Handeln bieten, unabhängig und an Weisungen nicht gebunden und zur Verschwiegenheit verpflichtet sind

- Bestätigt

D. Beschwerdeverfahren

D2. Anforderungen an das Beschwerdeverfahren

Es wird bestätigt, dass für den Berichtszeitraum Vorkehrungen getroffen wurden, um potenziell Beteiligte vor Benachteiligung oder Bestrafung aufgrund einer Beschwerde zu schützen.

- Bestätigt

Beschreiben Sie, welche Vorkehrungen getroffen wurden, insbesondere wie das Beschwerdeverfahren die Vertraulichkeit der Identität von Hinweisgebenden gewährleistet.

Alle aufgeworfenen Fragen oder Sachverhalte werden vertraulich behandelt. Informationen werden nur mit einer begrenzten Anzahl von Personen auf einer strikten Need-to-know-Basis geteilt. Je nach dem Zweck der Weitergabe werden die Informationen anonymisiert, bevor sie weitergegeben werden. Informationen werden nur dann mit Dritten geteilt, wenn wir gesetzlich dazu verpflichtet sind, ein wichtiges öffentliches Interesse auf dem Spiel steht oder eine ausdrückliche Einwilligung vorliegt.

HEIDELBERG steht für konsequente Verfolgung und Ahndung von Repressalien gegen interne Hinweisgeber und schutzwürdige Dritte.

Beschreiben Sie, welche Vorkehrungen getroffen wurden, insbesondere durch welche weiteren Maßnahmen Hinweisgebende geschützt werden.

Heidelberg stellt sicher, dass im Falle einer anonymen Meldung über SpeakUp oder die Ombudsstelle die Anonymität des internen Hinweisgebers im Rahmen der internen Aufklärung des gemeldeten Falles gewährleistet bleibt. Die Hinweisbearbeiter werde zudem zu ihren Rechten und Pflichten beim Umgang mit Hinweisen geschult.

Als externer Rechtsanwalt ist die Ombudsperson in seiner Funktion beruflich zur Verschwiegenheit verpflichtet ist. Die Vertraulichkeit der Identität des Hinweisgebers und Dritter, die in der Meldung erwähnt werden, bleiben somit stets gewahrt und nicht befugten Mitarbeitern bleibt der Zugriff darauf verwehrt.

D. Beschwerdeverfahren

D3. Umsetzung des Beschwerdeverfahrens

Sind im Berichtszeitraum über das Beschwerdeverfahren Hinweise eingegangen?

- Ja

Führen Sie zu Anzahl, Inhalt, Dauer und Ergebnis der Verfahren näher aus.

Im Berichtszeitraum sind fünf Beschwerden mit LkSG Bezug über die Beschwerdeverfahren eingegangen. Dabei handelt es sich um drei Beschwerden aus dem eigenen Geschäftsbereich und zwei Beschwerden mit Bezug zu unmittelbaren Lieferanten;

Die Fälle im eigenen Geschäftsbereich

Die im Rahmen der Sachverhaltsaufklärung erfolgte Plausibilisierung und Bewertung der eingereichten Beschwerde im eigenen Geschäftsbereich führte zu der Erkenntnis, dass die zu Grunde gelegte Sachverhalt keine menschenrechtliche Verletzung im Sinne des LkSG darstellte. In einem Fall gab es eine Anpassung, um arbeitsrechtliche Vorgaben einzuhalten.

Die Sachverhaltsaufklärung im Rahmen der Beschwerden mit Bezug auf unmittelbare Lieferanten hat ebenfalls zum Ergebnis geführt, dass keine menschenrechtliche Verletzung vorliegt. Gegenstand der Beschwerde waren potentielle Arbeitszeitverletzungen.

Ein weiterer Fall in der unmittelbaren Lieferkette, betrifft die Arbeitsbedingungen. Dieser Fall konnte im Berichtszeitraums noch nicht abgeschlossen werden und unterliegt noch der Sachverhaltsaufklärung.

Zu welchen Themen sind Beschwerden eingegangen?

- Verbot der Ungleichbehandlung in Beschäftigung

Beschreiben Sie, welche Schlussfolgerungen aus den eingegangenen Beschwerden/Hinweisen gezogen wurden und inwieweit diese Erkenntnisse zu Anpassungen im Risikomanagement geführt haben.

Die eingegangenen Beschwerden haben nicht zu allgemeinen Schlussfolgerungen geführt. Daher haben die Erkenntnisse auch nicht zu einer Anpassung im Risikomanagement geführt.

E. Überprüfung des Risikomanagements

Existiert ein Prozess, das Risikomanagement übergreifend auf seine Angemessenheit und Wirksamkeit hin zu überprüfen?

In welchen nachfolgenden Bereichen des Risikomanagements wird auf Angemessenheit und Wirksamkeit geprüft?

- Ressourcen & Expertise
- Prozess der Risikoanalyse und Priorisierung
- Präventionsmaßnahmen
- Abhilfemaßnahmen
- Beschwerdeverfahren
- Dokumentation

Beschreiben Sie, wie diese Prüfung für den jeweiligen Bereich durchgeführt wird und zu welchen Ergebnissen sie – insbesondere in Bezug auf die priorisierten Risiken - geführt hat.

Das LKSG-Steering Committee übernimmt die Überwachungsfunktion für die oben genannten Bereiche des LKSG Risikomanagements. Unterstützt wird es dabei durch Internal Audit / Internes Kontrollsystem (IKS). Es werden regelmäßig Rücksprachen mit Betroffenen zu Abhilfemaßnahmen, Beschwerdeverfahren sowie Wirksamkeitsprüfung durch KPIs durchgeführt.

E. Überprüfung des Risikomanagements

Existieren Prozesse bzw. Maßnahmen, mit denen sichergestellt wird, dass bei der Errichtung und Umsetzung des Risikomanagements die Interessen Ihrer Beschäftigten, der Beschäftigten innerhalb Ihrer Lieferketten und derjenigen, die in sonstiger Weise durch das wirtschaftliche Handeln Ihres Unternehmens oder durch das wirtschaftliche Handeln eines Unternehmens in Ihren Lieferketten in einer geschützten Rechtsposition unmittelbar betroffen sein können, angemessen berücksichtigt werden?

In welchen Bereichen des Risikomanagements existieren Prozesse bzw. Maßnahmen um die Interessen der potenziell Betroffenen zu berücksichtigen?

- Ressourcen & Expertise
- Abhilfemaßnahmen
- Beschwerdeverfahren

Beschreiben Sie die Prozesse bzw. Maßnahmen für den jeweiligen Bereich des Risikomanagements.

Ressourcen: es werden regelmäßig Schulungen im eigenen Geschäftsbereich durchgeführt um die Mitarbeiter für die menschenrechtlichen und umweltrechtlichen Aspekte zu sensibilisieren;

Abhilfemaßnahmen: sofern Verletzungen vorliegen, werden in Rücksprache mit Betroffenen Abhilfemaßnahmen definiert,

Beschwerdeverfahren: zentrales Element unseres Beschwerdemechanismus ist die Vertraulichkeit zum Schutz von Personen vor Repressalien; daher stellen wir die Vertraulichkeit von Beschwerden wird sichergestellt.